

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Kreistags am Mittwoch, dem 30.06.2010 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Landrat Püning, Konrad

CDU-Kreistagsfraktion

Bontrup, Martin
Danielczyk, Ralf
Egger, Hans-Peter
Goehermann, Josef Dr.
Haselkamp, Anneliese
Holz, Anton
Klaus, Markus
Kleerbaum, Klaus-Viktor
Kleinert, Matthias
Koch, Harald
Kummann, Norbert
Löcken, Claus
Merschhemke, Valentin
Müller, Elke
Pohlmann, Franz
Schulze Entrup, Antonius
Schulze Havixbeck, Hubert
Suntrup, Gottfried
Terwort, Heinrich
Voß, Bruno Prof. Dr.
Wäsker, Christoph
Wenning, Thomas Dr.
Wessels, Wilhelm
Willms, Anna Maria
Wobbe, Ludger

SPD-Kreistagsfraktion

Bednarz, Waltraud (bis bei TOP 20)
Bockemühl, Thomas
Brülle-Buchenau, Renate
Havermeier, Susanne
Hellwig, Irene
Lonz, Lambert
Rampe, Carsten
Schäpers, Margarete
Seiwert, Franz-Dieter
Stinka, André

Vogt, Hermann-Josef

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Klose, Dagmar
Kohaus, Stefan
Kraneburg, Wilhelm Dr.
Pieper, Anneliese
Vogelpohl, Norbert

FDP-Kreistagsfraktion

Große Verspohl, Michael
Höne, Henning
Stauff, Gerhard
Wilhelm, Gisela
Zanirato, Enrico

VWG-Kreistagsfraktion

Hesse, Uwe
Liesert, Georg

DIE LINKE

Schatzmann-Holz, Gabriele

Es fehlten entschuldigt:

Reints, Anna-Katharina
Röttger, Ursula
Schmitz, Paul
Schulze Easking, Werner
Schulze Zumkley, Franz-Josef

Verwaltung

Gilbeau, Joachim L.
Schütt, Detlef
Böwing, Willi
Eyinck, Norbert
Brockkötter, Ulrike
Krämer, Julia
Heuermann, Wolfgang
Vöcking, Ulrich (Schriftführer)

Landrat Püning eröffnet die Sitzung mit Grußworten an die Kreistagsabgeordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Gem. § 5 der GeschO stellt Landrat Püning sodann fest, dass der Kreistag

- a) gem. § 1 (1) GeschO ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 Absatz 1 KrO beschlussfähig ist.

Landrat Püning weist darauf hin, dass die Einladung zur Kreistagssitzung unter dem 14.06.2010 erfolgte. Weiter führt Landrat Püning aus, dass mit Schreiben vom 24.06.2010 die Tagesordnung für die heutige Sitzung um die Tagesordnungspunkte „1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen – Energieversorgung (SV-8-0195/1), Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag vom 02.06.2010 (SV-8-0204) und Umsetzung des Konjunkturpaketes II beim Kreis Coesfeld – Änderung einer Maßnahme am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg (SV-8-0228)“ ergänzt wurde. Ferner wurden die Sitzungsvorlagen 8-0165/1, 8-0192/1, 8-0195/1, 8-0204 und 8-0228 sowie ein Antrag der SPD-Kreistagsfraktion für SGB II-Bezieher/innen vom 18.06.2010 zum TOP 19 übersandt.

Des Weiteren führten aktuelle Entwicklungen im ÖPNV dazu, dass die Sitzungsvorlagen 8-0142 „Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen an die RVM GmbH“ im öffentlichen Teil und 8-0166 „Kauf der Verkehrsbetriebe Kipp GmbH“ im nicht öffentlichen Teil der Sitzung bereits im Kreisausschuss zurückgezogen wurden und aktuell nicht zur weiteren Beratung anstehen. Zum Tagesordnungspunkt 19 liegt der seitens der SPD-Kreistagsfraktion unter dem 29.06.2010 eingereichte Entwurf einer Resolution auf den Tischen aus. Landrat führt ferner aus, dass zur Sitzungsvorlage 8-0225 „3. Fortschreibung Frauenförderplan und Bericht über die Personalentwicklung“ eine Beschlussfassung des Kreistages zum Frauenförderplan nach den Bestimmungen des Landesgleichstellungsgesetzes erforderlich ist. Eine zustimmende Kenntnisnahme reicht nicht aus.

Anschließend gratuliert Landrat Püning unter dem Beifall der Sitzungsteilnehmer der Ktabg. Irene Hellwig zur Vollendung ihres 60. Lebensjahres und dem Ktabg. Dr. Josef Gochermann zur Vollendung seines 50. Lebensjahres.

Danach begrüßt Landrat Püning besonders die Kreistagsabgeordnete Gabriele Schatzmann-Holz von der Partei DIE LINKE, die als Nachfolgerin für die ausgeschiedene Kreistagsabgeordnete Doris Petras heute erstmals in der laufenden Wahlperiode an einer Sitzung des Kreistages teilnimmt. Zur Einführung und Verpflichtung bittet der Landrat die Ktabg. Schatzmann-Holz zu sich. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung erheben sich von ihren Plätzen. Die Ktabg. Schatzmann-Holz spricht die empfohlene Verpflichtungsformel nach und bekräftigt per Handschlag ihre Bereitschaft zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Beantwortung der Fragen von Einwohnern
- 2 Ersatzwahl eines beratenden Ausschussmitgliedes
Vorlage: SV-8-0212

- 3 Bestellung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt
Vorlage: SV-8-0179
- 4 Neuberufung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Coesfeld für die Gruppe der öffentlichen Körperschaften für die 12. Amtszeit ab 01.07.2010
Vorlage: SV-8-0141
- 5 3. Fortschreibung Frauenförderplan und Bericht über die Personalentwicklung
Vorlage: SV-8-0225
- 6 Bedarfsplan für den Rettungsdienst: Fünfte Fortschreibung 2010
Vorlage: SV-8-0184
- 7 Personal- und Qualitätsentwicklung im Jugendamt - Umsetzung der Beschlüsse des Kreistages vom 24.06.2009
Vorlage: SV-8-0146/1
- 8 Anträge der Kath. Kirchengemeinden St. Nikolaus Rosendahl-Darfeld und St. Nikolaus Rosendahl-Holtwick auf Zuwendungen zu den Kosten der Dachsanierungen an den Kath. Kindergärten St. Nikolaus, Rosendahl-Darfeld und St. Nikolaus Rosendahl-Holtwick
Vorlage: SV-8-0086
- 9 Frühe Hilfen für Schwangere und "junge" Familien" - Vernetzung und Einrichtung sozialpädagogischer und sozialmedizinischer Beratungs- und Unterstützungsangebote hier: Hebammen im Familieneinsatz (2. Projekterprobungsphase)
Vorlage: SV-8-0149
- 10 Umsetzung des SGB II im Kreis Coesfeld; Eingliederungsbudget 2010
Vorlage: SV-8-0172
- 11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit
Vorlage: SV-8-0207
- 12 1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen - Energieversorgung
Vorlage: SV-8-0195/1
- 13 Baubeschluss zur Abwicklung von Straßenbaumaßnahmen
Vorlage: SV-8-0189
- 14 Rechnungsprüfungsordnung
Vorlage: SV-8-0175
- 15 Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2008
Vorlage: SV-8-0186
- 16 Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-8-0170
- 17 Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Coesfeld vom 02.06.2010
Vorlage: SV-8-0204
- 18 Anzeige- und Genehmigungsverfahren der Haushaltssatzung 2010 gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 80 Abs. 5 S. 1 GO NRW und § 56 Abs. 3 S. 2 KrO NRW
Vorlage: SV-8-0188

- 19 Bericht zur Haushaltsausführung - Stand 30.04.2010
Vorlage: SV-8-0198
- 20 Verwendung von außerplanmäßigen Erträgen und Einzahlungen
Vorlage: SV-8-0192/1
- 21 Aufhebung eines Sperrvermerks für eine Maßnahme nach dem Investitionsförderungsge-
setz NRW (Konjunkturpaket II)
Vorlage: SV-8-0157
- 22 Umsetzung des Konjunkturpaketes II beim Kreis Coesfeld - Änderung einer Maßnahme
am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg
Vorlage: SV-8-0228
- 23 Mitteilungen des Landrats
- 24 Anfragen der Kreistagsabgeordneten

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Ernennung des Kreisbrandmeisters sowie Ernennung eines Stellvertreters des Kreis-
brandmeisters
Vorlage: SV-8-0156
- 2 Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen an die Regionalverkehr Münsterland GmbH
Vorlage: SV-8-0165/1
- 3 Umstrukturierung der WVG-Gruppe
Vorlage: SV-8-0169
- 4 Mitteilungen des Landrats
- 5 Anfragen der Kreistagsabgeordneten
- 6 Presseveröffentlichungen

Fragen von Einwohnern sowie Mitteilungen und Anfragen im öffentlichen Teil (TOP 1, 23 und 24 ö.T.) erfolgten nicht.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 2 öffentlicher Teil
SV-8-0212

Ersatzwahl eines beratenden Ausschussmitgliedes

Auf Nachfrage von Landrat Püning erklärt Ktabg. Schatzmann-Holz, dass sie, wie bereits die bisherige Ktabg. Doris Petras, dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit als beratendes Mitglied angehören möchte.

Beschluss:

Für das bisherige beratende Mitglied, Ktabg. Doris Petras, wird das Kreistagsmitglied Gabriele Schatzmann-Holz zum beratenden Mitglied in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit gewählt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 3 öffentlicher Teil
SV-8-0179

Bestellung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt

Beschluss:

Frau Elisabeth Gerdes wird mit Wirkung vom 01.07.2010 zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 4 öffentlicher Teil
SV-8-0141

Neuberufung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Coesfeld für die Gruppe der öffentlichen Körperschaften für die 12. Amtszeit ab 01.07.2010

Beschluss:

Die Bezirksregierung Münster wird gebeten, dem Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit vorzuschlagen,

Herrn Ltd. Kreisrechtsdirektor Detlef Schütt und
Frau Bürgermeisterin Marion Dirks

zu Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Coesfeld zu berufen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 5 öffentlicher Teil
SV-8-0225

3. Fortschreibung Frauenförderplan und Bericht über die Personalentwicklung

Unter dem Beifall der Sitzungsteilnehmer bedankt sich Landrat Püning bei der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Elisabeth Gerdes, für die in der Funktion als Gleichstellungsbeauftragte geleistete Arbeit. Frau Gerdes wird zum 01.07.2010 eine neue Aufgabe als Prüferin im Rechnungsprüfungsamt übernehmen.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Der fortgeschriebene Frauenförderplan für die Kreisverwaltung Coesfeld wird beschlossen und tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 6 öffentlicher Teil
SV-8-0184

Bedarfsplan für den Rettungsdienst: Fünfte Fortschreibung 2010

Beschluss:

1. Die im Entwurf des Bedarfsplans aufgezeigten Standards sind angemessen und erforderlich, um einen flächendeckenden und bedarfsgerechten Rettungsdienst im Kreis Coesfeld zu gewährleisten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Entwurfs des Bedarfsplans das Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 7 öffentlicher Teil
SV-8-0146/1

**Personal- und Qualitätsentwicklung im Jugendamt - Umsetzung der Beschlüsse des
Kreistages vom 24.06.2009**

Beschluss:

Die derzeitige Stellenausstattung des Jugendamtes ist erforderlich, um eine den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Aufgabenwahrnehmung gewährleisten zu können. Daher werden die bis Ende 2010 befristet eingerichteten Projektmaßnahmen im Umfang von 4,8 Stellen bis zum 31.12.2011 fortgeführt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 8 öffentlicher Teil
SV-8-0086

Anträge der Kath. Kirchengemeinden St. Nikolaus Rosendahl-Darfeld und St. Nikolaus Rosendahl-Holtwick auf Zuwendungen zu den Kosten der Dachsanierungen an den Kath. Kindergärten St. Nikolaus, Rosendahl-Darfeld und St. Nikolaus Rosendahl-Holtwick

Beschluss:

Eine freiwillige finanzielle Förderung über Kreismittel zu Sanierungskosten von Gebäuden der Kindertageseinrichtungen erfolgt nicht.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 9 öffentlicher Teil
SV-8-0149

Frühe Hilfen für Schwangere und "junge" Familien" - Vernetzung und Einrichtung sozialpädagogischer und sozialmedizinischer Beratungs- und Unterstützungsangebote hier: Hebammen im Familieneinsatz (2. Projekterprobungsphase)

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung zur Evaluation des Kooperationsprojektes „Hebammen im Familieneinsatz“ vom 01.Juli 2009 bis zum 30.Juni 2010 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Kreistag stimmt der Fortsetzung des Projektes „Hebammen im Familieneinsatz“ bis Ende 2012 zu.
3. Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, die Kooperation mit den Hebammen des Kreisverbandes Coesfeld fortzusetzen und das Projekt kreisweit im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wie folgt auszubauen:
 - a) Die bestehenden zwei Hebammenteams (mit jeweils zwei Hebammen) in Ascheberg und Senden werden fest eingerichtet und versorgen das südliche Kreisgebiet mit den Kommunen Lüdinghausen, Olfen, Senden, Nordkirchen und Ascheberg;
 - b) Für den Nordkreis ist ein drittes Hebammenteam (mit zwei Hebammen) zur Versorgung der Kommunen Havixbeck, Billerbeck, Rosendahl und Nottuln zusammen zu stellen, zu qualifizieren und nach gleichen Vorgaben zu betreuen und zu verpflichten.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 10 öffentlicher Teil
SV-8-0172

Umsetzung des SGB II im Kreis Coesfeld; Eingliederungsbudget 2010

Beschluss:

Die Bundesmittel für die berufliche Eingliederung in Höhe von 6.104.200,00 € werden im Jahre 2010 wie folgt auf die Teilbudgets aufgeteilt:

I.) Eingliederungsleistungen aus dem Vermittlungsbudget:	259.280,00 €	4,25%
II.) Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung:	3.125.000,00 €	51,19%
III.) Leistungen zur beruflichen Eingliederung:	1.425.000,00 €	23,35%
IV.) Bildungsgutscheine:	300.000,00 €	4,91%
V.) JobPerspektive § 16e SGB II:	645.000,00 €	10,57%
VI.) Sonderprogramm Perspektive 50plus:	205.000,00 €	3,36%
VII.) Freie Förderung:	144.920,00 €	2,37%

Eine Anpassung der Teilbudgets durch die Verwaltung ist nach Beratung in der Arbeitsmarktkonferenz möglich.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 49 JA-Stimmen
 1 Enthaltung

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 11 öffentlicher Teil
SV-8-0207

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit

Landrat Püning weist darauf hin, dass der Vorschlag der Verwaltung im Kreisausschuss akzeptiert worden sei.

Ktabg. Pieper führt aus, dass es in der Praxis schwierig sein werde, die Einhaltung der Regelungen zu kontrollieren. Sie bittet daher die Verwaltung, in einem Jahr darüber zu berichten, ob und welche Schwierigkeiten sich bei den Vergaben ergeben haben.

Landrat Püning sagt eine entsprechende Berichterstattung zu.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

1. Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen - Energieversorgung

Landrat Püning führt einleitend aus, dass hierzu ein Beschlussvorschlag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliege und erteilt hierzu dem Ktabg. Vogelpohl das Wort.

Ktabg. Vogelpohl erklärt, dass mit der Sitzungsvorlage das Thema an die Politik herangetragen worden sei. Gleichzeitig werde in der Sitzungsvorlage ausgeführt, dass seitens der Verwaltung kein Bedarf für eine Stellungnahme gesehen werde. Dies werde seitens der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ganz anders gesehen. So gehe der Klimaschutz uns alle an. Gerade im Kreis Coesfeld hätten die Bürger in den Klimaschutz viel investiert. Die GRÜNEN möchten, dass dies auch im Interesse der Arbeitsplatzzerhaltung so weiter gehe. Der vorliegende Entwurf des Landesentwicklungsplans werde den Anforderungen des Klimaschutzes und der Luftreinhaltung aber nicht gerecht. Dem müsse man mit einer Stellungnahme entgegenreten. Insbesondere die dezentrale Energieversorgung brauche eine andere Stromerzeugung bzw. ein anderes Stromnetz. „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt“, so Ktabg. Vogelpohl abschließend.

Ktabg. Kleerbaum sieht in dem Entwurf einer Stellungnahme der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Spektrum, das die allgemeinen politischen Vorstellungen der GRÜNEN widerspiegele. Die CDU-Kreistagsfraktion werde sich mit dieser Stellungnahme weder inhaltlich noch sachlich auseinandersetzen. Ein Beratungsbedarf sei erst dann gegeben, wenn eine eigene Betroffenheit des Kreises Coesfeld vorliege. Diese werde nicht gesehen. In diesem Zusammenhang stelle sich die Grundsatzfrage, wie mit Resolutionen umzugehen sei, die keinen lokalen Bezug zum Kreis Coesfeld hätten. Der vorliegende Antrag mit der Stellungnahme der GRÜNEN sollte im Regionalrat gestellt werden. Für die CDU bestehe kein Handlungsbedarf insbesondere nicht zu den angeführten Zielsetzungen.

Ktabg. Stinka führt aus, dass der Landesentwicklungsplan bestimmte Weichen stelle. Eine Diskussion darüber sei daher sehr wichtig. Er gehe aber davon aus, dass bei einer Betroffenheit des Kreises Coesfeld noch Gelegenheit für eine Stellungnahme bestehe. Zu gegebener Zeit sollte dann im Fachausschuss über eine geforderte Stellungnahme diskutiert und beschlossen werden.

Ktabg. Liesert sieht in den aufgeführten Aspekten den Landesentwicklungsplan als falschen Adressaten, denn dieser stelle lediglich einen Rahmen dar. Seitens der VWG-Kreistagsfraktion werde ein entsprechender Antrag unterstützt, wenn es um konkrete Maßnahmen gehe.

Ktabg. Stauff sieht in dem vorliegenden Entwurf einer Stellungnahme einen Standardantrag der GRÜNEN. Ein Bezug zum Kreis Coesfeld sei nicht zu erkennen bzw. viel zu gering. Eine eigene Betroffenheit des Kreises Coesfeld ist nicht gegeben, so Ktabg. Stauff.

Ktabg. Vogelpohl erklärt, dass auf eine Anfrage des zuständigen Ministeriums des Landes NRW zur Abgabe einer Stellungnahme zum LEP reagiert werde. Der vorliegende Entwurf einer Stellungnahme sei von der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erarbeitet worden, und keine „Blaupause“ aus Düsseldorf.

Ktabg. Stauff spricht seine Verwunderung darüber aus, das bei dem selbst verfassten Text so wenig Bezug auf den Kreis Coesfeld genommen worden sei.

Landrat Püning stellt danach die Stellungnahme der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Beschluss:

Die unter dem 18.06.2010 gefertigte Stellungnahme der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Landesentwicklungsplan wird als Stellungnahme des Kreises Coesfeld zur 1. Änderung des Landesentwicklungsplans – Energieversorgung – Nordrhein-Westfalen übernommen.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	5 JA-Stimmen
	33 NEIN-Stimmen
	12 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Im Übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

Baubeschluss zur Abwicklung von Straßenbaumaßnahmen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Realisierung nachfolgender Bauvorhaben notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

- a) Ausbau eines 2,6 km langen Streckenabschnitts der K 13/K 38 in Billerbeck
- b) Ausbau eines 1,5 km langen Streckenabschnitts der K 42/AN 3 in Billerbeck
- c) Deckenerneuerung eines 2,0 km langen Streckenabschnitts der K 48/AN 4 in Coesfeld-Lette
- d) Bau eines 700 m langen Radweges an der K 3/AN 1 in Nordkirchen
- e) Grunderneuerung eines 450 m langen innerörtlichen Streckenabschnitts der K 11/AN 1 in Dülmen-Buldern
- f) Grunderneuerung eines 780 m langen innerörtlichen Streckenabschnitts der K 56/AN 4 in Ascheberg-Herbern

Die Zustimmung für die unter d), e) und f) aufgeführten Maßnahmen erfolgt mit der Maßgabe, dass eine Auftragsvergabe erst erfolgen darf, wenn die angekündigten Bewilligungsbescheide vorliegen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 14 öffentlicher Teil
SV-8-0175

Rechnungsprüfungsordnung

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte geänderte Rechnungsprüfungsordnung für den Kreis Coesfeld wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung:

Die Rechnungsprüfungsordnung wurde allen Kreistagsabgeordneten mit der Sitzungsvorlage übersandt. Sie wird daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2008

Ktabg. Rampe führt in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses aus, dass der Ausschuss den ersten NKF-Jahresabschluss intensiv beraten habe. Kleinere Unstimmigkeiten konnten während der Sitzung geklärt werden. Der Bestätigungsvermerk sei von ihm in der Sitzung vorbehaltlos unterschrieben worden. Ktabg. Rampe nutzt die Gelegenheit, sich bei der Abteilungsleiterin 20, Frau Brockkötter, und dem Abteilungsleiter 14, Herrn Kramer, und ihren Teams für die gute und konstruktive Zusammenarbeit zu bedanken. Ungeduldig warte man bereits auf den Jahresabschluss 2009.

Landrat Püning lobt ebenfalls die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und weist abschließend noch auf das Problem der Spitzabrechnung der Jugendamtsumlage und der Ausweisung einer entsprechenden Forderung im Jahresabschluss hin. Auf dieses Problem, welches noch der Klärung bedürfe, sei bereits mehrfach in den Gremien hingewiesen worden.

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt den „Bericht über die Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 und des Lageberichtes des Kreises Coesfeld für das Haushaltsjahr 2008“ zur Kenntnis.
2. Der Kreistag stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss testierten Jahresabschluss des Kreises Coesfeld für das Haushaltsjahr 2008 in der Fassung vom 28.05.2010 mit einer **Bilanzsumme von 308.922.971,48 Euro** und einem **Jahresüberschuss von 4.897.601,88 Euro** fest.
3. Der Kreistag erteilt dem Landrat für den Jahresabschluss 2008 gem. § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 96 GO NRW die Entlastung.
4. Der Kreistag beschließt, dass der Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 4.897.601,88 Euro dem Eigenkapital, hier der allgemeinen Rücklage, zugeführt wird.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 16 öffentlicher Teil
SV-8-0170

Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Coesfeld

Beschluss:

Die im Entwurf als Anlage beigefügte allgemeine Gebührensatzung des Kreises Coesfeld vom 11.03.2009 in der Fassung der I. Änderungssatzung vom 30.06.2010 einschließlich des Gebührentarifs zu dieser Satzung wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung:

Die Allgemeine Gebührensatzung und der Gebührentarif zu dieser Satzung wurden allen Kreistagsabgeordneten mit der Sitzungsvorlage übersandt. Sie werden daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 17 öffentlicher Teil
SV-8-0204

Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Coesfeld vom 02.06.2010

Landrat Püning weist auf den vorliegenden Beschlussvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion hin.

Ktabg. Stinka führt aus, dass die Diskussion zum Antrag im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung positiv verlaufen sei. Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Situation der Kommunen sei es wichtig, dass alle Beteiligten über den eigenen Tellerrand hinweg schauen würden. Eine interkommunale Zusammenarbeit berge für einzelne Aufgabenfelder nicht nur ein erhebliches Sparpotential, sondern auch Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen. Das Problem müsse von allen Seiten beleuchtet werden. Eine Aufbereitung des Themas in der Bürgermeisterrunde wäre wünschenswert.

Landrat Püning sieht danach den Auftrag an die Verwaltung, das Thema in der Bürgermeisterrunde anzusprechen und zu beraten und mit dem Ergebnis auf die Politik zurückzukommen.

Ktabg. Dr. Gochermann berichtet, dass das Thema in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung zwar grundsätzlich positiv aufgegriffen worden sei, der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion aber weniger. Dies begründe sich darin, dass trotz aller kommunaler Konkurrenz eine interkommunale Zusammenarbeit selbstverständlich sei. Eine interkommunale Zusammenarbeit auf Münsterlandebene gebe es bereits. Ein Konzept brauche daher nicht mehr erarbeitet zu werden, da es bereits in der täglichen Praxis bestehe. Deshalb müsse man sich dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion nicht anschließen. Es könne selbstverständlich dieses Thema einmal mehr mit den Bürgermeistern besprochen werden.

Landrat Püning betont, dass nicht die Absicht bestehe, für die angesprochene Servicestelle eine förmliche Stelle einzurichten. Er sehe vielmehr den Auftrag darin, mit den Gemeinden zu sprechen. Auf der Landräteebene gebe es diese Gespräche bereits. Landrat Püning schlägt deshalb vor, über den vorliegenden Beschlussvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion nicht abzustimmen, sondern das Ergebnis der Gespräche mit den Bürgermeistern abzuwarten, um danach sich des Themas noch einmal anzunehmen.

Ohne förmliche Abstimmung erklären sich die Kreistagsmitglieder damit einverstanden.

Ktabg. Havermeister betont abschließend, dass es vordergründig nicht um die Einrichtung einer neuen Stelle gehe, sondern um die Aufgabe.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 18 öffentlicher Teil
SV-8-0188

**Anzeige- und Genehmigungsverfahren der Haushaltssatzung 2010 gem. § 53 Abs. 1
KrO NRW i. V. m. § 80 Abs. 5 S. 1 GO NRW und § 56 Abs. 3 S. 2 KrO NRW**

Die Verfügung der Bezirksregierung Münster vom 10.05.2010 wird zur Kenntnis genommen.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 19 öffentlicher Teil
SV-8-0198

Bericht zur Haushaltsausführung - Stand 30.04.2010

Landrat Püning verweist einleitend auf das Schreiben der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.06.2010 und auf die Diskussion im Kreisausschuss am 23.06.2010, wonach dem Antragsteller vorgeschlagen wurde, für die heutige Kreistagssitzung einen Entwurf eines Resolutionstextes vorzulegen. Der bei der Verwaltung eingegangene Resolutionstext liege auf den Tischen aus.

Ktabg. Havermeier führt aus, dass sie aus dem Kreisausschuss den Auftrag mitgenommen habe, einen Vorschlag für eine Resolution zu erarbeiten und vorzulegen. Dies sei unter dem 29.06.2010 geschehen und den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltung zur Verfügung gestellt worden. Sie habe versucht, die bereits im Kreisausschuss geäußerten Bedenken und Anregungen im Resolutionstext zu berücksichtigen bzw. aufzunehmen.

Ktabg. Klerbaum bezieht sich auf die bereits geführten Diskussionen zu diesem Thema und teilt mit, dass die CDU-Kreistagsfraktion den vorliegenden Resolutionstext ablehnen werde, da weder konkrete Zahlen genannt werden noch ein konkreter lokaler Bezug vorliege. Entscheidender sei für ihn aber darüber nachzudenken, ob auch in Zukunft über jedes Bundesgesetz, welches die Kommunen möglicherweise berühren könnte, eine Resolution erarbeitet und vorgelegt werde. Wenn ein direkter lokaler Bezug und etwas Schwergewichtiges vorliege, könne man sich über den Sinn einer Resolution unterhalten. Im vorliegenden Resolutionstext sehe er jedoch keinen lokalen Bezug.

Ktabg. Stinka widerspricht diesen Ausführungen und sieht sehr wohl einen lokalen Bezug, da auch Bürger und Bürgerinnen aus dem Kreis Coesfeld betroffen sein werden. Ferner sei im Februar 2010 noch eine Resolution zur angestrebten Grundgesetzänderung im Rahmen der Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch einstimmig vom Kreistag verabschiedet worden. Auch hiervon waren Menschen des Kreises Coesfeld betroffen. Es reiche nicht aus, sich im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beklagen, dass die Kommunen „im Regen stehen gelassen werden“, um anschließend nichts zu unternehmen. Deshalb sei es jetzt erforderlich, sich Gehör zu verschaffen. Dabei gehe es weniger um die letzte konkrete Zahl bzw. konkreten Betrag im Resolutionstext.

Ktabg. Vogelpohl verweist auf die Folgen der Finanzkrise bei den Kommunen. Die Kassen seien leer, so Ktabg. Vogelpohl. Hierbei müsse der Frage nachgegangen werden, warum dies so sei. Es gebe eine gefühlte Verschiebung vom Bund und Land zu Lasten der Kommunen. Immer mehr Aufgaben aus Berlin würden auf die Kommunen übertragen. Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte es deshalb für sinnvoll, einmal Rückschau zu halten. Eingetretene Änderungen zum Nachteil der Kommunen seit 1998 sollten in einer separaten Finanzausschusssitzung bzw. in der nächsten Sitzungsfolge dargestellt werden. Darüber hinaus sollte gefragt werden, welche Forderungen sich daraus stellen.

Ktabg. Pieper spricht die Politik vor Ort und die hohe finanzielle Belastung der Kommunen z.B. durch den Ausbau der U3-Betreuung an. Auch die Kosten für die Eingliederungshilfe für Behinderte stellen eine große Belastung für die kommunale Familie dar. Die Kommunen würden mit diesen Kosten allein gelassen. Der SPD-Antrag sollte daher zum Anlass genommen werden, einmal die Belastungsverschiebungen vom Bund und Land auf die Kommunen darzustellen. Es genüge nicht, den Landkreistag einzuschalten. Der Kreis müsse selber aktiv werden und sich u.a. auch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe wenden. Es sei an der Zeit, dass sich die Kommunen wehren.

Ktabg. Stinka führt aus, dass er es leid sei, sich immer nur hinsichtlich der schlechten Finanzausstattung zu beklagen. Hier gehe es nicht um einen Schnellschuss, sondern um ein Signal von kommunaler Ebene. Wenn man sich hierauf einigen könnte, wäre es gut.

Ktabg. Hesse kritisiert den Resolutionstext und meint, dass in der von der SPD vorgelegten Resolution die konkrete Forderung fehle, dass es eine Kompensation für die Kommunen geben müsse. Deshalb sei jeweils die Frage an Bund und Land zu stellen, wie die Kompensation aussehe. Die Kommunen würden eine Aufgabenerledigung vor Ort bei entsprechender Finanzausstattung gerne übernehmen.

Ktabg. Stauff spricht ebenfalls die Problematik beim Ausbau der U3-Betreuung an. Noch größere Probleme sehe er aber beim Ausbau des gemeinsamen Lernens von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung. Dieser Ausbau sei auch auf Druck der GRÜNEN eingeführt worden. Ebenso sei die Umsetzung der UN-Resolution schwierig.

Hier werde wieder eine Aufgabe auf die Kommunen mit entsprechender Belastung abgewälzt. Auch er hält eine Darstellung der Leistungsbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen, aber auch des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für den Kreis, für sinnvoll.

Ktabg. Kleebaum bezieht sich auf die vorhergehenden Wortbeiträge und hält das Thema für langatmig ausgebreitet. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion habe wenig Kreisbezug. Ferner gebe es bei jedem kommunalen Spitzenverband Übersichten über Aufgabenverschiebungen zwischen Bund, Land und Kommunen. Auch im Internet könnten entsprechende Informationen abgerufen werden. „Es sollte jedoch vermieden werden, von uns aus auf Institutionen Einfluss nehmen zu wollen. Als wenn Berlin oder Düsseldorf auf uns hören oder warten. Insofern sollte man die Kirche im Dorf lassen und die Erwartungshaltung zurückfahren. Insgesamt könne man sich noch glücklich schätzen, wenn wir über die Runden kommen“, so Ktabg. Kleebaum.

Ktabg. Stinka hält dem entgegen, dass es hier nicht um eine Belehrung gehe. Die Gremien des Kreistages sollten lediglich die Situation deutlich machen. Aus diesem Grunde sollte die Entwicklung im Finanzausschuss dargestellt werden. Im Rahmen der Haushaltsberatungen im Januar darüber zu sprechen, bringe nichts.

Landrat Püning lässt danach über den vorliegenden Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion für eine Resolution abstimmen:

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Resolution wird beschlossen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: 12 JA-Stimmen
33 NEIN-Stimmen
5 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Verwendung von außerplanmäßigen Erträgen und Einzahlungen

Landrat Püning führt einleitend aus, dass der Kreisausschuss die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages mehrheitlich beschlossen habe. Zu Ziffer 2 habe sich noch Beratungsbedarf in den Fraktionen ergeben. Der zusätzliche Punkt für den Ausbau von zwei Klassenräumen im Dachgeschoss am Richard-v.-Weizsäcker Berufskolleg sei im Fachausschuss und Kreisausschuss ausführlich diskutiert worden. Aufgrund des Ergebnisses dieser Diskussion sei diese Ziffer verwaltungsseitig in der vorliegenden Sitzungsvorlage nicht mehr mit aufgeführt worden. Die Thematik, der Bedarf und die Finanzierung werde noch einmal aufgearbeitet.

Landrat Püning berichtet zur Bewertung des vorhandenen Museumsgutes, dass zurzeit die Vorbürg der Burg Vischering umgestaltet werde. Der Fachausschuss habe die Baustelle besichtigt. Auch werde die Ausstellung in der Hauptburg neu konzipiert. Für diese Neukonzeption sei die Sichtung und Bewertung der Ausstellungsstücke unumgänglich. Diese Arbeiten können nur von Personen geleistet werden, die über eine entsprechende Fachkunde verfügen. Die Ausstellungsstücke, unter denen sich auch viele Leihgaben befinden, seien in Listen erfasst aber bislang nicht fachlich bewertet worden. Die Aufarbeitung sei ein unverzichtbarer Baustein im Gesamtkonzept und keine neue Aufgabe. Dies auch deshalb, weil ein Konzept zu den Museen für die REGIONALE 2016 angemeldet werden soll. Soweit die Mittel für die Sichtung und Bewertung nicht in diesem Jahr zur Verfügung gestellt werden, erfolgt eine Veranschlagung im nächsten Haushalt.

Ktabg. Kleebaum berichtet über die ausführliche Diskussion in der CDU-Kreistagsfraktion und führt aus, dass die Bewilligung der Mittel für die Beseitigung von Winterschäden an den Kreisstraßen unstreitig sei. Die Mittel für die Sichtung und Bewertung des vorhandenen Museumsgutes sollten unter Hinweis auf die REGIONALE 2016 jedoch geschoben werden. Eine positive Beschlussfassung würde ein falsches Signal setzen und dem Grundsatzbeschluss widersprechen, keine neuen freiwilligen Aufgaben zu übernehmen. Insgesamt habe man Verständnis für die Maßnahme. Über Möglichkeiten der Finanzierung sollte im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 gesprochen werden.

Ktabg. Vogelpohl sieht in der Aufgabe, über einen Ausschüttungsbetrag von rd. 1,0 Mio. € zu entscheiden, ein schönes Problem. Unabhängig hiervon sollte jetzt nicht rumgekleckert werden, sondern gezielt Geld ausgegeben werden. Er kritisiert die kurzfristig vorgelegten Vorschläge. Dies entspreche nicht den Vorstellungen der GRÜNEN, mit dem Geld umzugehen. Erst vor gut einem Vierteljahr sei der Haushalt 2010 beschlossen worden. Zur Sanierung der Kreisstraßen werde keine Alternative gesehen, da diese auch ohne Sparkassengeld notwendig geworden wäre. „Nichtstun mache die Situation schlimmer“, so Ktabg. Vogelpohl abschließend.

Ktabg. Stinka erinnert an die kritischen Äußerungen der Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion im Fachausschuss und im Kreisausschuss. Die nun vorliegende abgespeckte Sitzungsvorla-

ge bestätige ihn in seiner Auffassung. Ktabg. Stinka bemängelt weiter die Art und Weise des Verfahrens und die Nichtbeteiligung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Die SPD-Kreistagsfraktion werde den Beschlussvorschlag komplett ablehnen.

Ktabg. Stauff teilt mit, dass die Bewilligung der Mittel für die Kreisstraßensanierung unumgänglich sei, da kaputte Straßen nicht dadurch besser werden, wenn sie liegen bleiben. Zur Ziffer 2 sage die FDP-Kreistagsfraktion ebenfalls nein. Der Rest des Geldes sollte erstmals nur für die Stützung des Haushaltes dienen, am besten sogar zur Schuldentilgung, so Ktabg. Stauff.

Ktabg. Havermeier möchte noch wissen, was passiert wäre, wenn die Mittel der Sparkasse nicht zur Verfügung gestanden hätten.

Landrat Püning antwortet, dass dann über den Haushalt ein anderer Finanzierungsvorschlag hätte gemacht werden müssen. Die Sanierung der Kreisstraßen sei unausweichlich notwendig. Mit der Ablehnung der Ziffer 2 könne er leben. Das Problem werde im nächsten Jahr wieder auf der Tagesordnung stehen. Unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse zieht Landrat Püning den Beschlussvorschlag zu Ziffer 2 zurück.

Ktabg. Große Verspohl bezieht sich noch auf die Kritik zum Verfahren und die Ablehnung durch die SPD-Kreistagsfraktion und hält der SPD vor, dass sie in der letzten Finanzausschusssitzung selbst mit der Förderung des Selbsthilfebüros noch einen Antrag kurzfristig eingebracht habe. Die SPD müsse wissen was sie wolle, so Ktabg. Große Verspohl.

Ktabg. Stinka sieht darin keinen Widerspruch und führt aus, dass damit die Chance genutzt worden sei, auf soziale Projekte hinzuweisen.

Danach lässt Landrat Püning über die Bereitstellung der Mittel zur zusätzlichen Beseitigung von Winterschäden an den Kreisstraßen abstimmen.

Beschluss:

Von den außerplanmäßigen Mehrerträgen und Mehreinzahlungen aus der Jahresüberschussbeteiligung der Sparkasse Westmünsterland bzw. den hierdurch frei werdenden Haushaltsmitteln aus dem Haushaltsplan 2010 wird ein Teilbetrag von 350.000 € zur zusätzlichen Beseitigung von Winterschäden an den Kreisstraßen (konsumtiver Aufwand in der Ergebnisrechnung), im Wege der Umfinanzierung im Haushalt 2010 unter Beachtung von § 25 des Sparkassengesetzes – SpkG NRW verwendet.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	38 JA-Stimmen
	9 NEIN-Stimmen
	2 Enthaltungen

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 21 öffentlicher Teil
SV-8-0157

**Aufhebung eines Sperrvermerks für eine Maßnahme nach dem Investitionsförderungs-
gesetz NRW (Konjunkturpaket II)**

Beschluss:

Die Umsetzung der Maßnahme Nr. 12 aus dem Katalog zum Konjunkturpaket II „Flachdachsanieerung des Hauptgebäudes am Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg Lüdinghausen“ wird freigegeben und der Sperrvermerk dementsprechend aufgehoben.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die öffentliche Sitzung des
Kreistags
am 30.06.2010
TOP 22 öffentlicher Teil
SV-8-0228

Umsetzung des Konjunkturpaketes II beim Kreis Coesfeld - Änderung einer Maßnahme am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg

Ktabg. Vogelpohl führt aus, dass nach seinen Informationen bereits der damalige Berufsschuldirektor Löcken den Einbau eines Aufzuges am heutigen Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg ins Gespräch gebracht habe. Er möchte wissen, wann dieses in den Verwaltungsvorgängen erstmals „urkundlich“ erwähnt worden sei.

KD Gilbeau antwortet, dass ihm die Jahreszahl nicht bekannt sei. Der Einbau eines Aufzuges am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg sei in den letzten 1 ½ Jahren tiefer thematisiert worden.

Ktabg. Vogelpohl fordert Landrat Püning dazu auf, dafür zu sorgen, dass im nächsten Jahr der Einbau eines Aufzuges erfolgen kann.

Landrat Püning weist auf die bereits im Kreisausschuss dargestellte Zwangslage hin. Die Errichtung einer Außentreppe am Südflügel bilde einen unverzichtbaren Bestandteil der Flucht- und Rettungswegsicherung, ohne den keine Genehmigungsfähigkeit für die geplante Aufstockung des Westflügels vorliege. Der Bau einer Außentreppe habe zurzeit eine höhere Priorität als der Einbau eines Aufzuges.

Ktabg. Pieper verweist auf eine Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur UN-Behindertenrechtskonvention im letzten Jahr und führt aus, dass der Einbau eines Aufzuges einen wesentlichen Aspekt zum Abbau von Barrieren darstelle, welcher in der Verantwortung des Kreises liege.

Landrat Püning führt hierzu aus, dass es ihm eine Herzensangelegenheit sei, für Behinderte einen behindertengerechten Zugang zu öffentlichen Gebäuden zu schaffen. Einzelne Maßnahmen an Kreisgebäuden seien im Fachausschuss bereits vorgestellt worden. Landrat Püning führt weiter aus, dass die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch Gegenstand der derzeitigen Koalitionsverhandlungen auf Landesebene sei. In einer der nächsten Sitzungen werde hierüber zu beraten sein. Ziel müsse sein, die Chancengleichheit behinderter Menschen zu fördern und ihre Diskriminierung in der Gesellschaft zu unterbinden.

Beschluss:

Aus dem Beschluss des Kreistages vom 07.10.2009 über die Umsetzung des Konjunkturpaketes II beim Kreis Coesfeld wird die Maßnahme Nr. 11 aus der Anlage zur Sitzungsvorlage SV-7-1409 „Einbau eines Aufzuges“ am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg ersetzt durch die Maßnahme „Errichtung einer Außentreppe am Südflügel des Berufskollegs“.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig